UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456

Medieninformation

Appell des Senats zur auskömmlichen Finanzierung der Universität Greifswald

Universität Greifswald, 29.09.2022

Der Senat der Universität Greifswald hat einen Appell an die Landesregierung verfasst, in dem er die Landesregierung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen globalen Krisen auffordert, ihrer Verantwortung für die Hochschulen im Land gerecht zu werden und eine auskömmliche Finanzierung der Universität Greifswald sicherzustellen.

Der Appell im Wortlaut

Die sich überlagernden gegenwärtigen globalen Krisen - vom Klimawandel über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bis hin zu den aktuellen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine für die Energieversorgung - betreffen uns alle. Sie verunsichern und belasten die Menschen in Deutschland und weltweit. Gerade in derartigen Krisenzeiten kommt den Universitäten und Hochschulen eine enorme Bedeutung zu. Die Universität Greifswald ist Stätte der Innovation, größte Arbeitgeberin der Region und ein bedeutender Motor der regionalen Entwicklung in einem strukturschwachen Bundesland. Wir gewinnen junge Menschen für Mecklenburg-Vorpommern und schaffen Perspektiven für diese im Land. Wir sind Ausbildungsort junger Menschen, die u. a. als zukünftige Lehrer*innen, Rechtsanwält*innen, Psycholog*innen, Ärzt*innen und Naturwissenschaftler*innen die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern. Auch für die Phase nach dem Ende der gegenwärtigen Krise sind wir ein wesentlicher Impulsgeber für die regionale Wirtschaft und das Land und bieten Lösungsansätze für wichtige gesellschaftliche Kernthemen, wie den Klimawandel, die Pandemiebewältigung und die Digitalisierung.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass die Landesregierung - im Gegensatz zu vergleichbaren strukturschwachen Bundesländern - die Hochschulen bei den exorbitant gestiegenen Energiekosten bislang von jeglicher Unterstützung ausnimmt. Während Schulen und die Landesverwaltung keine separaten Haushalte haben und Mehrkosten automatisch aufgefangen werden, sind die Hochschulen gänzlich auf sich allein gestellt. Der in der Zielvereinbarung zwischen der Universität Greifswald und dem Land vorgesehene Landeszuschuss ist angesichts der absehbaren Mehrkosten für die Bewirtschaftung von mindestens 8 Millionen Euro für 2023 völlig unzureichend. Dies kommt einer massiven Budgetkürzung für Lehre, Forschung und Transfer gleich.

Verschärfend kommt hinzu, dass das Land eine einschneidende Kürzung der Rücklage der Universität Greifswald plant. Dies würde die Arbeitsfähigkeit der Universität Greifswald sowie die Fähigkeit zur Krisenbewältigung drastisch einschränken. Diese Rücklagen sind bereits gebunden. Kürzungen würden dazu führen, dass dringend nötige energetische Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden nicht mehr umsetzbar wären.

Der Senat der Universität Greifswald fordert daher

• die Übernahme der zusätzlichen Bewirtschaftungskosten,
• keine Kürzung der Rücklagen,
• die Finanzierung weitergehender Energiesparmaßnahmen (Photovoltaik, Gebäudetechnik, Dämmung, Energiesparlampen etc.),

• eine Erhöhung des Landeszuschusses für die Studierendenwerke, um Kostensteigerungen für Studierende (Mensa, studentisches Wohnen etc.) zu kompensieren.

Sollte das Land seiner Verantwortung für die Hochschulen nicht gerecht werden und einer auskömmlichen Finanzierung von Lehre, Forschung und Transfer in Krisenzeiten nicht nachkommen, muss die Universität Greifswald zeitnah drastische Kürzungen, einschließlich des Personalbereichs, ergreifen. Dies führt dazu, dass

• die gesetzlich verankerten Aufgaben in Forschung, Lehre, Transfer nicht mehr erfüllt werden können,
• dadurch die Attraktivität des Hochschulstandortes Mecklenburg-Vorpommern in allen Bereichen langfristig Schaden nimmt und damit der Zustrom junger Menschen abnimmt,
• die Konkurrenzfähigkeit im nationalen und internationalen Wettbewerb - auch um die "besten Köpfe" - gefährdet wird,
• die Infrastruktur für die Ausbildung von Studierenden und für die Forschung nicht mehr aufrechterhalten werden kann und nachhaltig Schaden erleidet.

Der Senat der Universität Greifswald appelliert daher eindringlich an die Landesregierung, umgehend die oben genannten Maßnahmen zu ergreifen und der Verantwortung für die Hochschulen im Land nachzukommen.

Ansprechpartner*innen an der Universität Greifswald

Senatsvorsitzender
Prof. Dr. Uwe Bornscheuer
Telefon 03834 420 4367
uwe.bornscheuer obscureAddMid() uni-greifswald obscureAddEnd() de

Hochschulkommunikation
Julia Lammertz
Telefon 03834 420 1150
pressestelle obscureAddMid() uni-greifswald obscureAddEnd() de